

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891**

26.2.1891 (No. 56)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 26. Februar.

N<sup>o</sup> 56.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gewöhnliche Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 19. Februar 1891 gnädigt geruht, den außerordentlichen Professor Dr. Alfred von Domaszewski zum ordentlichen Professor für alte Geschichte an der Universität Heidelberg zu ernennen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 19. Februar 1891 gnädigt geruht, den mit der Verwaltung des Kaiserlichen Postamts in Meßkirch beauftragten Postsekretär Philipp Reiff zum Postmeister zu ernennen und

dem Obertelegraphensekretär Christian Spannhake in Köln die Obertelegraphensekretärstelle beim Telegraphenamt Mannheim, unter Vorbehalt seiner Staatsangehörigkeit, zu übertragen.

## Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 25. Februar.

Wir theilten gestern mit, daß im englischen Unterhause ein Antrag des Radikalen Labouchère, die englische Heeresstärke um 3320 Mann zu kürzen, abgelehnt worden sei. Ein solcher Antrag kann natürlich nicht als ernstgemeinter Reformvorschlag, sondern nur als eine Demonstration, als Protestkundgebung gedacht sein. Labouchère wollte, daß das Haus durch die Annahme des Beschlusses einen Protest gegen die Befestigung Tokars und gegen die dauernde Besetzung Egyptens zu erkennen gebe. Der Unterstaatssekretär des Außen, Sir James Fergusson, verteidigte die Befestigung Tokars. Er meinte, von Seiten der englischen Regierung seien Beweise genug erbracht worden, daß die Besetzung Egyptens nicht eine dauernde sein solle; die Zurückziehung der Truppen werde erfolgen, sobald die Unabhängigkeit des Landes und eine gute Verwaltung gesichert, und die Gefahr einer fremden Besetzung nicht länger vorhanden sein werde. Aber einen bestimmten Termin für die Räumung Egyptens festzusetzen sei ganz unmöglich. Der Unterstaatssekretär stand mit dieser Erklärung völlig auf dem Boden derjenigen Grundsätze, die Lord Salisbury wiederholt gegenüber französischer und von der Pforte ausgehender Forderungen bezüglich der Räumung Egyptens vertreten hat. Die englische Regierung stellt nicht in Abrede, daß die englische Okkupation Egyptens nur ein Provisorium bedeuten dürfe, aber sie wagt sich völlige Freiheit der Entscheidung und der Handlungsweise in Bezug auf die Frage, wann der geeignete Zeitpunkt für die Räumung Egyptens gekommen sein wird. Die Ablehnung des Antrags Labouchère zeigte, daß die weit überwiegende Mehrheit des Parlaments dieses Verhalten der Regierung billigt; der Antrag wurde mit 124 gegen 52 Stimmen abgelehnt. Aus Egypten selbst liegt die Meldung vor, daß die ägyptische Kavallerie bei einem Rekognoszierungszug auf Derwische traf, welche bestätigten, daß Osman Digma in der Richtung auf Kassala geschickt sei. Die Scheiks in der Nähe von Tokar unterwarfen sich, da sie anscheinend nach dem Siege der Engländer auf keinen Erfolg Osman Digma's mehr rechnen. Der Gesundheitszustand der ägyptischen Truppen wird als ein vortheilhafter bezeichnet. Dagegen konstatiert eine Meldung des Reuterschen Bureaus aus Suakim, daß bei dem Kampfe um Tokar am vorigen Freitag die Verluste der ägyptischen Truppen größer gewesen sind, als man anfangs annahm. Das ließ sich übrigens vermuthen. In der ersten Depesche über das Gefecht (die wie in der Sonntagsnummer unv. Wits. wiedergaben) wurde berichtet, der Feind habe 700 Tode auf dem Platze gelassen, während die Ägypter nur einen Verlust von 13 Toden und 47 Verwundeten gehabt hätten. Nach dem erbitterten Widerstand der Derwische und dem heißen Ringen Mann gegen Mann, das der Flucht des Feindes voranging, wollte es nicht recht glaubhaft erscheinen, daß die Verluste beider Theile so völlig ungleich sein sollten.

Die serbische Ministerkrise ist nun endgültig abgeschlossen: gestern verkündigte das Belgrader Amtsblatt die Zusammenstellung des neuen Kabinetts. An demselben Tage leisteten die neuen Minister den Eid und übernahmen die Geschäfte. Heute soll das Kabinet sich der Stupschina vorstellen, wobei Paschitsch das Programm der neuen Regierung entwickeln wird. Auf Rosen dürfte das Ministerium Paschitsch eben so wenig gebettet sein wie das Kabinet Gruiß, denn obgleich es aus den Reihen derjenigen Partei hervorgegangen ist, die in der Stupschina über eine sehr starke Mehrheit verfügt, ist die serbische Stupschina auch in ihrer jetzigen Zusammensetzung schwer zu behandeln und selbst im radikalen Parteilager findet die neue Regierung keine durchweg vertrauensvolle Auf-

nahme. Es ist dies aus einer Belgrader Meldung der „Kölnischen Zeitung“ ersichtlich, welche lautet: „Das neue Kabinet findet bei den Radikalen eine auffallend kühle Aufnahme. Die Männer der extremen Richtung beschließen, die vor einigen Tagen beanstandeten Budgetposten auch der neuen Regierung zu verweigern. Gestern wurden zahlreiche Flugschriften mit Beschlag belegt, welche die Auslösung der Republik fordern. Der Verfasser derselben ist angeblich der Führer der extremen Partei, Dragisa Stanojewitsch.“ Die Ersetzung des Ministeriums Gruiß durch ein Kabinet Paschitsch bedeutet bekanntlich eine stärkere Ausprägung der radikalen Regierungsgrundsätze; daß sie trotzdem nicht Leute befriedigen kann, die in dem Radikalismus der politischen Anschauungen schon so weit gekommen sind, die Republik zu fordern, versteht sich von selbst. Indessen dürfte diese extreme Richtung in der radikalen Partei doch zu schwach sein, um der neuen Regierung ernstliche Verlegenheiten zu bereiten, wenn dieselbe nur den Ersparungsforderungen der radikalen Partei gerecht zu werden vermag. Das Wiener „Fremdenblatt“ widmet dem neuen serbischen Ministerium einen Artikel, in welchem es sagt: „Gruiß's Nachfolger, Herr Paschitsch, ist bisher aus dem engeren serbischen Parteigetriebe, in welchem es bekanntlich recht leidenschaftlich herzugehen pflegt, nicht herausgekommen, und wir wissen nicht, welche Eignung er und der neue Minister des Auswärtigen, der bisherige Justizminister Gjorgiewitsch für ihre Stellungen mitbringen. Indes sind die Verhältnisse seit jeher stärker als die Menschen gewesen und kommen daher bei jeder Beurtheilung stets in erster Reihe in Betracht. Serbien als kleiner Staat ist umso mehr dieser Regel unterworfen und seine Stellung in internationalen Angelegenheiten ist schon durch seine geographische Lage bestimmt genug vorgezeichnet. Der stattgehabte Personenwechsel kann denn auch ein tieferes Interesse von diesem Gesichtspunkte aus nicht hervorrufen und verdient größere Aufmerksamkeit nur insoweit, als er eben in die innere Entwicklung Serbiens eingreift. Wer in Serbien regiert, das ist für uns in Oesterreich-Ungarn wenig wichtig; wir wünschen nur im Interesse unseres Nachbarlandes, daß es gut regiert werde. In dieser Beziehung wäre es nun allerdings erfreulich, wenn die Stetigkeit des serbischen Staatslebens nicht allzu oft durch Regierungskrisen unterbrochen würde. Der neue Ministerpräsident ist seit vielen Jahren der eigentliche Vertrauensmann der radikalen Partei, und vielleicht gelingt es ihm, sich die Unterstützung derselben auch dann zu erhalten, wenn er thatsächlich regiert. Die serbischen Radikalen sind schwer zu behandeln und man sieht, daß Gruiß, der aus ihrer Mitte hervorgegangen war, zuletzt nur noch einen kleinen Theil seiner ehemaligen Anhängerschaft für sich hatte und zum Rücktritte genöthigt war. Auch Paschitsch muß darauf gefaßt sein, daß nicht Alle ihm treu bleiben, die bisher auf ihn geschworen haben, daß nicht Allen gefallen wird, was er im Gefühle seiner Verantwortlichkeit thun und lassen wird. So sehr er stets in spezifisch serbischen Anschauungen gelebt hat, so war er doch als Bürgermeister der Hauptstadt und als Präsident der Stupschina immerhin in der Lage, den Gesichtskreis, in welchem sonst die zumeist bäuerlichen radikalen Abgeordneten befangen sind, bedeutend zu erweitern. Es wird sich nun zeigen, ob ihn dies in der Praxis in Konflikte mit der Partei bringt, die ihn als ihr Haupt ansah, oder ob er im Stande ist, sie auch weiterhin an sich zu fesseln. Schon hört man von jungen Kräften, die unter den Extremen, welche bisher die Gesellschaft Paschitsch bildeten, durch die Aufstellung noch extremerer Ansprüche zu Ansehen gelangen. Dem serbischen Bauer kann man eben gar nicht weit genug gehen in Forderungen persönlicher Ungebundenheit und Zurückdrängung staatlicher Autorität. An dem Widerstande dieser Dorfradikalen gegen jede Einschränkung der Pressefreiheit war Gaja vor einigen Wochen gescheitert; was nun seine Rückkehr bedeutet, ob er sich den Anschauungen der Extremen anbequemt oder ob in diesem Falle Paschitsch ihm ein Zugeständniß gemacht hat, muß bald zu Tage kommen. Jedenfalls wollen wir hoffen, daß die Regierung mit ihrer Partei auskomme und ihre Pflichten ruhig erfüllen könne und daß diese neue Kabinettskrise nicht eine Erschütterung in der Fortführung der ruhigen Arbeit des serbischen Volkes bilden möge. Serbien hat seit wenigen Jahren so viele Aufregungen durchgemacht und so viele durchgreifende Veränderungen erfahren, daß es der Erholung dringend bedarf, und gerade unsere Monarchie muß wünschen, daß ihm dieselbe vollauf zu Theil werde. Schon die zahlreichen Beziehungen unserer Geschäftswelt zu dem benachbarten Lande schaffen in Oesterreich-Ungarn ein lebhaftes Interesse an dem Wohlergehen des Volkes, das dieses von der Natur so reich ausgestattete Gebiet bewohnt.“

## Deutschland.

\* Berlin, 24. Febr. Seine Majestät der Kaiser begab sich heute Vormittag nach der Rückkehr von einem Spaziergang nach dem Reichskanzler-Palais, um den Reichskanzler, General v. Caprivi, zu seinem heutigen 60. Geburtstage persönlich zu beglückwünschen. Der erlauchte Monarch nahm später die Vorträge des Staatssekretärs, Viceadmirals Hollmann, und des Chefs des Marinekabinetts, Kapitän zur See Frhrn. v. Senden-Bibran, entgegen, arbeitete mit dem Chef des Militärkabinetts, Generaladjutanten v. Jahnke, und empfing militärische Meldungen. Später hatte der Kapitänlieutenant Baron v. Pleßen, Marineattaché bei der deutschen Botschaft in Rom, vor seiner Abreise auf seinen Posten die Ehre des Empfangs.

In der heutigen Sitzung des Reichstags theilte der Präsident mit, daß Seine Majestät der König von Sachsen die Staatsminister v. Thümmel und v. Meißner an Stelle des verstorbenen Staatsministers Freiherrn v. Könniger und des aus dem Staatsdienst ausgeschiedenen Staatsministers v. Hofitz-Wallwitz zu Mitgliedern zum Bundesrath ernannt hat.

Das „Deutsche Tageblatt“ schreibt: „Ein Korrespondenzorgan hat die Mittheilung gebracht, daß Seine Majestät der Kaiser vor dem Diner des brandenburgischen Provinziallandtages Herrn Frhrn. v. Mantuffel in sehr gnädiger Weise für die Entschiedenheit, mit der er in Sachen des Artikels „Ein ernstes Wort zur Lage“ Schulter an Schulter mit Herrn v. Hellendorff die Aktion geführt, gedankt hätte. Da diese Nachricht einmal, gegen den Wunsch der Beteiligten, in die Öffentlichkeit getragen ist und wir sie in einzelnen Blättern angezweifelt finden, so möchten wir feststellen, daß sie allerdings begründet ist.“

Die „Berl. Polit. Nachrichten“ erklären, die Bestellungen auf englische Kohle, die von Seiten der preussischen Staatsbahnverwaltung und mehrerer industrieller Etablissements in Hamburg erfolgt sind, seien im Hinblick auf die Möglichkeit eines neuen Streiks der Bergarbeiter in Deutschland erfolgt.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beantragt, die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Dechelhäuser im zweiten Anhaltischen Wahlkreise auszuheben.

Die Budgetkommission des Reichstags hielt gestern Abend eine Sitzung ab. In derselben wurde die Forderung für das Marine-Infanterie-Offiziercorps und für die Maschinen-Ingenieure anstandslos bewilligt, ebenso nach kurzer Erörterung der Ansaß für Deckoffiziere, Matrosen und die Werftdivisionen. Es wurde dabei festgestellt, daß auch in Deutschland wie in allen anderen Ländern die taugliche wehrfähige Bevölkerung mit dem Rückgang der Segelschiffahrt zurückgeht. Auch wir müssen einen kleineren Theil des Werftdivisions- und Matrosenpersonals durch die Landbevölkerung decken. Entsprechend dem Beschlusse, den die Kommission bei der Landarmee gefaßt hat, wurden die Unteroffiziersprämien bei der Marine-Infanterie abgesetzt, wobei die konservativen und die nationalliberalen Mitglieder sich entsprechende Anträge auf Bewilligung im Plenum vorbehielten, und die alten Prämien von 165 M. wurden wieder eingesetzt. Ebenso wurden die Pferdegelber bei den Regimentskommandeuren abgesetzt und dafür die Rationen wieder eingestellt. Bei der Indiensthaltung von Schiffen ist eine Mehrausgabe von 1,8 Millionen Mark vorgezogen, die zu einer längeren Erörterung Veranlassung gab. Von Seiten der Regierung ward dazu erklärend geltend gemacht, daß bei den heutigen Panzerschiffen eine sehr bedeutend erhöhte Ausbildung der Mannschaft notwendig geworden ist. Diese Schiffe bedürften zu ihrer Kriegstüchtigkeit geübter Mannschaft. Auch diese Ausgaben wurden genehmigt, ebenso die Natural- und Sachausgaben und der Werftbetrieb und die Ausgaben für Artillerie und Fortifikationen, das Torpedo- und Minenwesen. Bei den einmaligen Ausgaben ward geltend gemacht, daß für diejenigen Schiffe, welche bereits im Bau sind, diejenigen Ausgaben zu bewilligen sind, welche im Jahre 1891/92 bei eifriger Förderung des Baues notwendig sind. Dabei wurde von Seiten der Regierung klargelegt, in welcher Weise die Größe der Schiffe und ihre Ausrüstung und Maschine sich gegenseitig bedingen, und daß für unsere Verhältnisse die vorgeschlagenen Bauten die zweckmäßigsten seien. Die Kontrakte für den Bau der Schiffe werden nach der Maschinenkraft abgeschlossen, nicht nach der Schnelligkeit der Schiffe, da diese auch von der Form des Schiffes abhängt und diese letztere im Reichsmarineamt festgestellt wird. Die kaiserlichen Werften werden hauptsächlich durch Reparaturen und Instandhaltung der Schiffe in Anspruch genommen, weshalb die Neubauten hauptsächlich von Privatwerften ausgeführt werden müssen.

Alle Schiffe werden in Deutschland aus deutschem Material gebaut. Für die Kreuzerfregatte II wurden statt der geforderten 1 900 000 M. als Viertelrate nur eine halbe Million Mark bewilligt.

Die Krankenkassenkommission des Reichstags nahm gestern Vormittag ihre Sitzungen wieder auf. Die Verathung stand bei § 58. Dazu lag ein Antrag der Subkommission vor, welcher den Zweck verfolgt, die Entscheidung von Streitigkeiten Versicherungs-pflichtiger mit ihren Arbeitgebern oder mit Zwangskassen zc. wie im jetzigen Gesetz entgegen der Vorlage auf den ordentlichen Rechtsweg zu verweisen, sofern nicht nach bestehendem Landesgesetze diese Streitigkeiten dem Verwaltungsstreitverfahren überwiesen sind. Die Geheimen Oberregierungsräte Lohmann, v. Woedtke und v. Lenthe bekämpften diesen Antrag, mit ihnen der Abg. Dr. Schier, während die Abgg. Spahn, Gutfließ, v. Wendt, Eberty und Mollenbuhr dafür eintraten, indem sie dem Bedauern Ausdruck gaben, daß es nicht möglich sein werde, die bedingungslose Berufung an die ordentlichen Gerichte einzuführen. Der Antrag wurde angenommen. Der zurückgestellte § 53 wurde nach kurzer Debatte unter Ablehnung der Anträge v. d. Schulenburg und Meßner, die ausgedrückt wissen wollten, daß die Versicherten verpflichtet wissen wollten, daß die Versicherten verpflichtet sind, die von den Arbeitgebern für sie vorschussweise eingezahlten Eintrittsgelder und Beiträge sich bei den Lohnzahlungen in Abzug bringen zu lassen, nach der Regierungsvorlage angenommen. Die §§ 59, 60, 61, 62, 63 wurden unverändert nach den Beschlüssen erster Lesung genehmigt, während in § 64 Ziffer 1a. die Worte: „Der Vorstand (§ 34) und die Vertreter der Generalversammlung (§ 37) werden in geheimer Wahl geprüft“, auf Antrag des Abg. Grafen Holslein gestrichen wurde. Die §§ 65, 66, 67, 67a., 67b., 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74 wurden nach den Beschlüssen erster Lesung angenommen.

Die Kommission für die Geschäftsordnung des Reichstags beantragt, die Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen das Reichstagsmitglied Meßner (Hamburg) während der Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode nicht zu erteilen. Ferner beantragt dieselbe Kommission: „Die bei der Verathung des Reichshaushaltsetats in der zweiten Lesung beantragten Resolutionen bedürfen der Unterstützung von fünfzehn Mitgliedern. Die Abstimmung über diese Resolutionen erfolgt frühestens am dritten Tage, nachdem sie gedruckt in die Hände der Mitglieder gekommen sind. Die Abstimmung ist bis nach endgültiger Festsetzung der Etatsposition auszusetzen, sofern der enge Zusammenhang mit der Etatsposition es angezeigt erscheinen läßt oder ein von dreißig Mitgliedern unterstützter Antrag es verlangt.“

Bei der am 19. d. M. im 2. Wahlfreie stattgehabten Reichstagswahl in Sonneberg-Saalfeld sind nach amtlicher Feststellung insgesamt 15 881 Stimmen abgegeben worden. Von denselben erhielt Schneidermeister Paul Reihhaus (Soz.) in Erfurt 7 103 Stimmen, Senator a. D. Dr. Friedrich Witte (dfreis.) in Hofstadt 5 654 Stimmen und Rechtsanwalt Dr. Hans Blum (natlib.) in Leipzig 3 119 Stimmen. Es ist mithin eine Stimmwahl zwischen den beiden erstgenannten Bewerbern erforderlich. Dieselbe findet am 28. Februar statt. Bei den vorjährigen Wahlen wurden im ersten Wahlgang 7 215 sozialdemokratische, 6 512 deutschfreisinnige und 3 848 national-liberale, in der Stichwahl 8 508 deutschfreisinnige und 8 496 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Es hat sonach bei der jüngsten Wahl bei allen Parteien, am stärksten aber bei der deutschfreisinnigen, ein Rückgang der Stimmen stattgefunden.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm heute den Gesetzentwurf über die Einkommensteuer in der von der Kommission empfohlenen Fassung an. Morgen findet die Verathung der zurückgestellten Paragraphen 77, 78, 79 statt. Der Finanzminister beschränkte in der heutigen Sitzung noch einmal die Regierungsvorlage, indem er erklärte, wer die Reform ernstlich wolle, müsse das große Ganze im Auge behalten, von den Einzelfragen absehen. Die Quotifizierung könne nur aus der Initiative der Krone hervorgehen. Sämtliche von den Kommissionsvorschlüssen abweichenden Anträge wurden abgelehnt. Von den Kommissionen des Abgeordnetenhauses hat diejenige für die Vorlage betreffend die aufsichtführenden Amtsrichter die Vorlage und sämtliche Abänderungsanträge abgelehnt. Die Kommission für das Volksschulgesetz hat den Abschnitt über die Fürsorge für Witwen und Waisen der Lehrer mit geringen Abänderungen der Regierungsvorlage erledigt.

Wie die „Bosnische Zeitung“ mittheilt, hat die Seehandlung Mittheilungen über den Zulieferungsmodus für die dreiprozentigen preussischen Konsols versandt. Nach diesen Mittheilungen entfallen auf die Zeichnungen bis zu 3 000 Mark 200 Proz., bis zu 10 000 M. 300, bis zu 15 000 M. 500 und darüber hinaus 3 Prozent. Die Zeichnungsstellen erhalten auf ihre Gesamtzeichnung 3 1/2 Prozent zugewiesen mit dem Wunsche, sich dem oben angegebenen Repartitionsmodus anzuschließen.

Odenburg, 24. Febr. Der Landtag bewilligte 1 105 000 M. zur Erweiterung der Hafenanlagen bei Nordenham und zum Bau einer Eisenbahn nach Blexen.

München, 24. Febr. Die „Allg. Ztg.“ schreibt: „Die uns aus dem Haag übermittelte Nachricht, daß der am hiesigen Hofe beglaubigte königlich preussische Gesandte Graf zu Rantzau von hier abberufen und als kaiserlicher Gesandter nach dem Haag versetzt werden würde, dürfte sich nach dem, was in hiesigen unterrichteten Kreisen darüber verlautet, zu Anfang April bewahrheiten. Als sein Nachfolger gilt der derzeit am königlich württembergischen Hofe akkreditirte preussische Gesandte Graf zu Eulenburg. Letzterer gehörte bereits vor

einigen Jahren der hiesigen königlich preussischen Gesandtschaft als Legationssekretär an und steht aus jener Zeit in hiesigen Kreisen im besten Andenken.“

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. Febr. In Pest findet morgen unter dem Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers eine militärische Verathung statt. Zur Theilnahme an derselben treffen die Erzherzöge Albrecht und Wilhelm, der Reichsriegsminister und der Generalstabschef, sowie der Generalinspektor des Geniewesens, Feldzeugmeister Frhr. v. Salis-Soglio, und der Generalinspektor der Kavallerie, Generalmajor Frhr. v. Gemmingen-Guttenberg, in Pest ein. Dem Vernehmen nach gilt die militärische Verathung lediglich der Erledigung von Personalfragen. — In Bezug auf die Vertragsverhandlungen mit Deutschland schreibt das „Fremdenblatt“: „Erst Ende dieser Woche werden die Sitzungen der mit den Vertragsverhandlungen mit Deutschland betrauten Kommission wieder aufgenommen werden, nachdem von beiden Seiten Instruktionen von den Regierungen eingeholt werden müssen. Es scheinen nunmehr die letzten entscheidenden Verathungen bevorzustehen. Man hofft, daß diese bis zu den Osterfeiertagen werden zum Abschluß gebracht werden. Die Bemerkung der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß es der deutschen Regierung fern liege, die deutsche Landwirtschaft durch den bevorstehenden Abschluß eines Handelsvertrages mit unserer Monarchie zu schädigen, hat hier volle Zustimmung gefunden, da eine solche Schädigung niemals hierorts intendirt wurde, ebensowenig als durch den neuen Handelsvertrag Deutschland unserer Industrie Schaden zufügen beabsichtigt. Die treue Bundesgenossenschaft beider Reiche auch auf das handelspolitische Ge iet zu übertragen und mit dem neuen Vertrage nur etwas Segensvolles für die handelspolitische und wirtschaftliche Prosperität beider Reiche auf Jahre hinaus zu schaffen, ist der Endzweck und das zu erstrebende Ziel der seit Anfang Dezember währenden Verhandlungen, deren glückliche Beendigung ungeachtet der ganz bedeutenden Schwierigkeit nunmehr in Bälde zu erhoffen ist.“ — Der Ministerpräsident Graf Taaffe (der bekanntlich an einem Lungentumor erkrankt war) hat heute zum ersten Mal wieder das Bett verlassen. — In dem Pariser „Gaulois“ erschien in den letzten Tagen ein Bericht über eine angebliche Unterredung des Wiener Berichterstatters dieses Blattes mit dem Grafen Kalnoky, dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen. In diesem Berichte waren dem Minister allerlei Aeußerungen über geplante Begegnungen des Kaisers Franz Josef mit anderen gekrönten Häuptern in den Mund gelegt worden. Dem gegenüber ist das „Fremdenblatt“ zu der Erklärung ermächtigt, daß Graf Kalnoky ein Berichterstatter des „Gaulois“ weder empfangen noch sonst gesprochen habe. Ein Korrespondent des „Gaulois“ ist überhaupt in Wien unbekannt. Alle angeblichen Aeußerungen des Grafen Kalnoky sind aus der Luft gegriffen. Dem „Gaulois“ wird dieses Dementi, obgleich es an Entscheidung nicht zu wünschen übrig läßt, schwerlich sehr zu Herzen gehen; das Blatt hat schon öfters mehr Phantasie als Wahrheitsliebe befunden und sich damit ähnliche Abfertigungen zugezogen.

#### Italien.

Rom, 24. Febr. Der neue italienische Ministerpräsident di Rudini hat kürzlich einem englischen Berichterstatter in Bezug auf seine auswärtige Politik Rede und Antwort gestanden. Das Reiterische Bureau berichtet nämlich, sein römischer Vertreter habe mit Rudini eine Unterredung gehabt, in welcher dieser erklärte, er betrachte es als eine seiner vornehmlichsten Aufgaben, die herzlichen Beziehungen Italiens zu pflegen. Auch existire weder in Europa noch in Afrika eine Frage, welche beide Länder trennen könnte. Italien werde eine friedliche und verständliche Politik verfolgen. Bezüglich Frankreichs strebe er die Beseitigung aller Mißverständnisse und Herbeiführung vollen Vertrauens an, denn die Freundschaft Frankreichs und Italiens sei eine der Bürgschaften des europäischen Friedens. In der Hauptfrage enthalten die Aeußerungen des italienischen Ministerpräsidenten nichts bisher Unbekanntes; sie entsprechen völlig den Erklärungen, die Rudini in dem Rundschreiben an die Vertreter Italiens, das denselben den Amtsantritt der neuen Regierung bekannt gab, und in der Kammer abgab. — Wie die „Agenzia Stefani“ aus Massanah erzählt, unternahm eine Bande von 600 Mann einen Raubzug über die Grenze des italienischen Schutzgebiets, sie wurde jedoch von Kapitän Pinetti mit Hilfe der eingeborenen Truppen zurückgeschlagen. Der Verlust wird auf 200 Tode, unter denen sich drei Anführer befänden, und zahlreiche Verwundete und Gefangene angegeben.

#### Frankreich.

Paris, 24. Febr. Dem Vernehmen nach wird Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich ihren Aufenthalt in Paris bis zum Freitag verlängern. Dem gestrigen Empfange der Kaiserin in der englischen Botschaft wohnten auch die Mitglieder der österreichischen Botschaft, sowie die der griechischen Gesandtschaft bei. Die Kaiserin kehrte um 11 Uhr in das deutsche Botschaftshotel zurück. — In der von der französischen Deputirtenkammer ernannten großen Zollkommission waren vorgestern die Minister Jules Roche und Develle erschienen, um gegen gewisse Beschlüsse der Kommission zu sprechen. Namentlich verlangten sie, daß die von der Regierung beantragten Zollsätze auf Zwirn, Baumwolle, frisches Fleisch, Hammel, Fleischextrakte, Gänseleberpasteten, St. Gallener Seidereien, geschnittene oder gefägte Steine, frische, in Treibhäusern gezogene Früchte, in Papier geschlagene Pasteten, harten Käse und Weine wieder hergestellt würden. Die Zollkommission prüfte nun heute diese Zollsätze und machte im Laufe ihrer Verathung

einige Zugeständnisse, hält jedoch ihre Sätze für frisches Fleisch, harten Käse, Delfamen, Hauf, Baumwollgarn, Fenstergläser und Weine aufrecht. Es besteht nun die Befürchtung, daß es zu einem Zusammenstoß zwischen der Regierung und der Kammer kommt; indessen hofft man, daß die Kammermehrheit weniger unfsam sei als die Kommission und ihre Zustimmung zu einigen Ermäßigungen geben werde, die dann eine Verständigung möglich macht. — Der oberste Arbeitsrath genehmigte heute die Vorschläge, daß die Zahlung der Löhne wenigstens zweimal im Monat erfolgen müsse und daß diese Zahlung weder in Baaren, noch in Anweisungen oder Marken geleistet werden dürfe. Ferner wurde der Theil am Lohne, der mit Beschlag belegt oder abgezogen werden dürfe, auf ein Ahtel festgesetzt (wie schon in der vorigen Nummer dieses Blattes angekündigt). — General Mathelin, Kommandeur der 2. Division des 1. Corps, ist zum Kommandeur des XV. Corps (Marseille) ernannt worden und tritt dort an Stelle des Generals Zapy, der die gesetzlich bestimmte Altersgrenze erreicht hat. Anlässlich des Rücktritts des Generals Zapy fand gestern im Hotel Noaille in Marseille ein Abschiedsessen statt, dem 15 Generale, 17 Obersten, 12 Oberlieutenants, 17 Kommandanten u. s. w., sowie der Präsekt, der Bürgermeister und der Präsident des Bezirksraths bewohnten. — Die „France Nouvelle“ veröffentlicht einen Brief des Papstes an den Kardinal Lavignerie, in welchem derselbe anerkennt, daß Lavignerie's Eifer und seine dem heiligen Stuhle erwiesenen guten Dienste den Verhältnissen der Gegenwart und den Erwartungen des Papstes entsprechen. In einer gewissen Uebereinstimmung damit steht eine Mittheilung des „Gaulois“. Der „Gaulois“ erzählt nämlich von einer dem Bischof Freppel nahe stehenden Seite, das Resultat der Reise Freppels nach Rom sei, daß die Katholiken Frankreichs sich in derselben Situation befinden wie vor einem halben Jahre, daß der Papst ihnen keinerlei Anschluß nach einer bestimmten politischen Seite anrath noch anrathen werde.

#### Spanien.

Madrid, 23. Febr. Der republikanische Parteiführer, Ruiz Zorilla, hat den Madrider Zeitungen folgendes Telegramm gesendet: „Dementiren Sie kategorisch alle Gerüchte, wonach ich das Cortesmandat ausüben und eine Amnestie annehmen werde, welche den emigrierten Militärpersonen ihre Grade in der Armee nicht wieder gibt. Ich werde nie in den Cortes der Restauration sitzen, und bin erstaunt, daß man Gerüchten Glauben schenkt, die offenbar von den Monarchisten verbreitet werden.“ Zorilla ist bei den letzten Corteswahlen wieder gewählt worden und es hieß, daß das Ministerium Canovas del Castillo einer Begnadigung Zorilla's geneigt sei. Der Führer der extremen Republikaner scheint aber eingesehen zu haben, daß er in den Cortes bei deren gegenwärtiger Zusammensetzung eine recht unbedeutende Rolle spielen würde.

#### Großbritannien.

London, 24. Febr. Ihre Majestät die Königin von England wird Ende März in Grasse erwartet. Das Grand-Hotel ist vom 20. März ab für einen Monat gemiethet worden. Mehrere Hofbeamte sind bereits in Grasse eingetroffen. — Telegraphisch wurde gestern gemeldet, daß die Regierung beschloffen habe, eine königliche Kommission zu ernennen, welche die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern unterfragen soll. Zur Vorgeschichte dieses Beschlusses ist noch zu erwähnen, daß u. A. Lord Randolph Churchill in einer am Samstag gehaltenen Rede die Einsetzung einer solchen Kommission verlangt hatte. Die größeren Blätter sprechen sich zustimmend zu der Absicht der Regierung aus. Der „Standard“ beglückwünscht die Regierung zu ihrem Beschlusse, der hoffentlich die gute Wirkung haben werde, künftig die Zahl der Ausstände zu beschränken. Die „Times“ sprechen die, übrigens wohl selbstverständliche Erwartung aus, die Regierung werde sowohl Vertreter des Kapitals, wie Arbeiter in die Kommission berufen. — Das englische Marinebudget für 1891/92 veranschlagt die Ausgaben auf 14 1/2 Millionen Lst. Der Chef der Admiralität, Hamilton, führt in der begleitenden Denkschrift aus, daß von den in dem Reorganisationsplane von 1889 vorgesehenen 70 Schiffen vor 1894 69 fertig sein sollen. Der Vorschlag der Baukosten werde infolge der Erhöhung der Materialpreise überschritten werden.

#### Serbien.

Belgrad, 24. Febr. Der Präsident Dr. L. Dokitch hat (im Zusammenhang mit dem Kabinetswechsel) seine Entlassung gegeben. An seiner Stelle ist der bisherige Ministerpräsident General S. Gruitich (der bereits Mitglied des Staatsraths ist) zum Präsidenten ernannt worden.

#### Amerika.

Washington, 24. Febr. Der Senat bestätigte die Ernennung Fosters zum Schatzsekretär. — Nach einem Telegramm aus Guatemala trifft Präsident Barilla Vorkehrungen, das Land zu verlassen, da er einen Ausbruch des Vrolles von Seiten des Volkes gegen seine Regierung befürchtet. General Manuel Eschandro Barilla steht seit dem 15. März 1886 an der Spitze der Republik Guatemala. Im Juli vorigen Jahres, während des Kriegs mit San Salvador, wurde ein Militäraufstand gegen Barilla durch die regulären Truppen niedergeschlagen.)

#### Großherzogthum Baden.

Karlruhe, den 25. Februar. Heute Vormittag erteilte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den nachbenannten Personen Audienz: dem

Senatspräsidenten Schneider beim Oberlandesgericht, dem Geheimrath und Professor Dr. Gebhard an der Universität Freiburg, dem Abheilungsvorstand bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Direktor Schneider, dem Bauath Ziegler ebendasselbst, dem Vorstand der Eisenbahnhauptwerkstätte, Obermaschinenmeister Janson dahier, dem Oberförster Rau in Forzheim, dem Hauptamtskontrollieur Freismuth in Mannheim, dem Sekretär Dr. Belzer dahier, dem Hauptamtskontrollieur Kirich in Basel, dem Kaiserlichen Polizeirath Jahn in Straßburg i. E., dem Professor Dr. Schröder an der Technischen Hochschule, einer Abordnung aus Kenzingen, bestehend aus dem evangelischen Pfarrer Hagenmeyer, dem Oberförster Hamm und dem Bürgermeister Kaiser, sowie dem außerordentlichen Professor an der Technischen Hochschule Dr. Rosenberger. Darnach meldeten sich die nachverzeichneten Offiziere: Oberstleutnant Uhde, à la suite des 2. Hannoverischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 26, beauftragt mit der Führung dieses Regiments, bisher etatsmäßiger Stabsoffizier im Feld-Artillerie-Regiment Nr. 34, Major Honde, beauftragt mit den Funktionen des etatsmäßigen Stabsoffiziers in letzterem Regiment, bisher Abheilungskommandeur im 2. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 30, Major Klein, Bataillonskommandeur im Infanterie-Regiment Nr. 99, Hauptmann von Garnier vom Generalstab des 14. Armee-corps, bisher im 2. Schlesischen Infanterie-Regiment Graf Goeben Nr. 6, kommandirt beim großen Generalstab, und Secondleutnant Ziegler vom 1. Badischen Leib-Dragoner-Regiment Nr. 20. Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimraths Freiherrn von Ungern-Sternberg und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo.

(Ermäßigung des Drucksachenvertrags im deutsch-österreichischen Wechselverkehr.) Vom 1. März ab findet der für den inneren deutschen Verkehr eingeführte ermäßigte Vortras von 5 Pf. für Drucksachenendungen im Gewicht von über 50 bis 100 g einschließlich auch im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn Anwendung.

(Ordensverleihung.) In dem Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins im Großherzogthum Baden lesen wir: „Von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser ist dem Herrn Ministerialrath Buchenberger der Kronenorden 2. Klasse verliehen worden. Freudig begrüßen die badischen Landwirthe die Nachricht von dieser hohen Auszeichnung. Denn allgemein bekannt ist die unermüdete Thätigkeit und das warme Interesse, welches Herr Ministerialrath Buchenberger als landwirtschaftlicher Referent im Großh. Ministerium des Innern der Förderung und Pflege der badischen Landwirtschaft seit Jahren so vielfach und erfolgreich zuwendet.“

(Technische Hochschule.) An den Vertreter der chemischen Technologie an unserer Technischen Hochschule, Herrn Professor Dr. Bunte, ist ein ehrenvoller Ruf an die Technische Hochschule in Stuttgart ergangen. Es ist jedoch gelungen, diese ausgezeichnete Kraft unserer Anstalt zu erhalten.

(Erbschaft in den Adelsstand.) Der „Reichsanzeiger“ enthält im amtlichen Theil folgende Personennachricht: Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Major und Eskadronchef im 2. Badischen Dragonerregiment Nr. 21 Friedrich Karl August Ernst in den Adelsstand zu erheben.

(Die Theatervorstellungen) beginnen in Karlsruhe im Vergleich zu vielen andern Theaterstädten zu einer verhältnismäßig frühen Stunde. In Berlin erfolgt der Anfang der Vorstellung sowohl im königl. Schauspielhaus wie im Opernhaus in der Regel um 7 Uhr, während die andern Bühnen zum Theil erst um 7½ Uhr beginnen, in Wien ist gleichfalls 7 Uhr die übliche Stunde für den Anfang der Vorstellungen, sowohl in den kaiserlichen wie in den Privattheatern. Auch in München, Dresden, Leipzig und anderen großen Städten ist 7 Uhr die Stunde des Theaterbeginns. Um 7½ Uhr, wie in Karlsruhe, beginnen dagegen die Theater in Frankfurt, Hannover, Kassel. Es ist natürlich, daß bei einem so frühen Beginn der Theateraufführung an Wochentagen für manchen Kunstfreund der Theaterbesuch mit der Geschäftsthatigkeit nicht ganz leicht zu vereinigen ist. Der noch frühere Anfang der Sonntagsvorstellungen — 6 Uhr — wird beargwöhnlicher Weise weniger hinderlich empfunden als der Anfang der Wochentagsvorstellungen um 7½ Uhr. Wie wir erfahren, besteht auf Seiten der Generaldirektion des Großh. Hoftheaters die Absicht, und zwar auf Grund zahlreicher aus dem Publikum laut gewordener Wünsche, die Vorstellungen an Wochentagen künftig in der Regel um 7 Uhr Abends beginnen zu lassen, während es an Sonn- und Feiertagen bei der seit her üblichen Anfangszeit verbleiben soll. Vor dem Inkrafttreten dieser Maßregel sollen jedoch, wie uns berichtet wird, die Theaterabonnenten noch Gelegenheit haben, ihr Votum darüber abzugeben.

(Die Blattfallkrankheit) hat in den letzten Jahren in Baden für viele Millionen Mark geschadet; der Ertrag und die Güte des Weines wurden außerordentlich vermindert, die Entwidlung und das Ausreifen des Holzes und der Wurzeln verhindert und so die Kraft: Ertragsfähigkeit der Reben auf Jahre hinaus geschwächt. Die Bekämpfungsmittel der Krankheit haben sich überall, wo sie richtig angewandt wurden, vollkommen bewährt. Es ist zu hoffen, daß zum Vortheil sowohl der Allgemeinheit als jedes einzelnen Winzers in diesem Jahr die Krankheit mit möglicher Energie bekämpft werde. Um den Landwirthen Gelegenheit zu bieten, die Mittel und die zu deren Bekämpfung nöthigen Geräthe kennen zu lernen, hat die landwirtschaftlich-chemische Versuchsanstalt Ausstellungen von Gegenständen für Rebbau und Kellerwirtschaft veranstaltet; solche finden statt: Sonntag den 1. März in der Sinner'schen Bierhalle zu Freiburg, Dienstag den 3. März im Restaurant Bäckerhof in Offenburg und Sonntag den 8. März im Restaurant Höhenzoller in Konstanz. Die Anmeldungen sind so zahlreich eingelaufen, daß die Ausstellungen ausgedehnter werden, als wohl je solche mit diesen Apparaten stattgefunden haben: es gelangen i. über 25 Spritzen und Versäuber von Pulvern, auch solche für Pferdebetrieb, in verschiedenen Systemen und Materialien, ferner die verschiedenen Mittel zur Bekämpfung der Blattfallkrankheit der Reben (und Kartoffeln) und andere Dinge für Rebbau und Kellerwirtschaft zur Ausstellung. Die Geräthe werden den Tag vorher von Kommissionen, deren Mitglieder von den Direktionen der landwirtschaftlichen Vereine der betreffenden Kreise ernannt wurden, geprüft; diese Beurtheilung erstreckt sich nicht nur auf die Leistungsfähigkeit, sondern auch auf die Beschaffenheit und

voraussetzliche Dauerhaftigkeit der Geräthe, zu welchem Zweck besondere Sachverständige für Metallwaaren mitwirken. An den Ausstellungsstagen, Nachmittags 2 Uhr, werden die Geräthe in Thätigkeit vorzeig. Die im Auftrag Großh. Ministeriums des Innern von der landwirtschaftlich-chemischen Versuchsanstalt ausgearbeitete „Anleitung über die Bekämpfung der Blattfallkrankheit der Reben“ wird unentgeltlich abzugeben. Es ist zu wünschen, daß die Winzer die Ausstellung recht zahlreich besuchen; dabei können sie zugleich Einkäufe bezw. Bestellungen von Geräthen und Bekämpfungsmitteln machen.

### Theater und Kunst.

(Kunstnotizen.) Der belgische Komponist und ausgezeichnete Cellospieler Jules de Swert ist gestern in Ostende gestorben. Er war am 16. August 1843 zu Boven in Belgien geboren. Er war am dortigen Konservatorium ausgebildet und bis 1877 Lehrer an der Hochschule in Berlin. Seiner Befähigung als ausübendem Künstler entsprechend, sind seine Kompositionen größtentheils für Cello geschrieben; er hat sich aber auch durch zwei Opern: „Die Albigenser“ und „Graf Dammerheim“ bekannt gemacht, die auch in Deutschland zur Aufführung gelangten. — Herr Hofkapellmeister Adolf Wachs aus Kassel, das frühere Mitglied der Karlsruher Bühne, hat sein früher von uns angeführtes Sakspiel im Wiener Hofburgtheater absolviert. Es liegen uns zunächst Aeusserungen der Wiener Blätter über seine erste Gastdarstellung als Präsident in „Kabale und Liebe“ vor. Das „Fremdenblatt“ sagt über ihn: „Er spielte den Präsidenten mit sehr gutem Erfolge, unter Beifall und Herdorrufen. Was ihn vom ersten Augenblick an empfiehlt, sind seine ungewöhnlich scharfen Mittel: eine effikolle Gestalt, eine ebene Stimme. Auch sprach und spielte er mit gutem Ausdruck, nur vielleicht etwas zu jugendlich für den Präsidenten.“ Nicht ganz so vortheilhaft spricht Spindel sich in der „Neuen Freien Presse“ aus. Auch er konstatiert den Erfolg des Gastes, rühmt die gute Erscheinung und das flangvolle Organ des Künstlers, findet aber das Spiel steif und die Sprechweise trocken und hart. Ähnliches hat man auch in Karlsruhe schon gefunden; andererseits ist nicht zu übersehen, daß gerade der Berichtstatter der „Neuen Freien Presse“ dem gegenwärtigen Burgtheaterdirektor und seinen Versuchen zur Verjüngung des Personals kein wenig besonders wohlwollend gegenübersteht. — Mit Herrn Max Grube, dem Oberregisseur des königlichen Schauspielhauses in Berlin, ist ein zehnjähriger Kontrakt abgeschlossen worden.

### Verchiedenes.

W. Berlin, 24. Febr. Der Oberbürgermeister v. Forderbeck, welcher gestern von einem Wagen überfahren wurde, fühlt sich heute fieberfrei. Jede Gefahr ist ausgeschlossen. Er hofft in nicht allzulanger Zeit wieder hergestellt zu sein.

W. Guben, 24. Febr. (Falschmünzerei.) Das hiesige Schwurgericht verurtheilte den Kürschner Arthur Lage und den Fabrikarbeiter Theodor Lage, Brüder aus Berge bei Forst, wegen Falschmünzerei von Fünfmarsküden und Zwanzigpfennigstücken, Ersteren zu 5 Jahren Zuchthaus, ebenso langem Erwerbs- und Stellung unter Polizeiaufsicht, Letzteren zu 9 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Erwerbslosh.

A. H. Paris, 25. Febr. (Tel.) (Frankreichs Beteiligung an der Berliner Kunstausstellung.) Es verläutet, daß die Komitè's der „Gesellschaft der französischen Künstler“ und der „Nationalen Gesellschaft der schönen Künste“ morgen eine Versammlung abhalten, in welcher über die einander widersprechenden Ansichten einer Anzahl französischer Maler in Betreff der Besichtigung der Berliner Kunstausstellung berathen werden soll.

R. B. London, 24. Febr. (Ueber dem Frauenmord in Whitechapel) lagert noch immer Dunkel. Die Gerichtsverhandlungen gegen den Schiffseizer Sadder, den man als des Nordes verdächtig eingezogen hat, sind abermals auf acht Tage vertagt worden. Man glaubt, Sadder werde schließlich wegen Mangel an Beweisen freigelassen werden.

R. B. Portsmouth, 24. Febr. (General Hornby) erlitt heute einen schweren Unfall. Als er eine Spazierfahrt machte, wurde ein Pferd seines Wagens scheu und der General wurde zur Erde geschleudert, wobei er eine Gehirnerschütterung erlitt, so daß er bewußtlos blieb. Sein Zustand ist bedenklich.

### Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 25. Febr. Der Reichstag setzte heute die De-

batte über die Novelle zur Gewerbeordnung bei § 119 a. fort. Derselbe lautet:

„Lohneinbehalten, welche von Gewerbeunternehmern zur Sicherung des Erfolges eines ihnen aus der widerrechtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses erwachenden Schadens ausbedungen werden, dürfen bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im Gesamtbetrage den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen. Durch statistische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes (§ 142) kann für alle Gewerbebetriebe oder gewisse Arten derselben festgesetzt werden: 1. daß Lohn- und Abschlagszahlungen in festen Fristen erfolgen müssen, welche nicht länger als einen Monat und nicht kürzer als eine Woche sein dürfen; 2. daß der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn an die Eltern oder Vormünder und nur mit deren schriftlicher Zustimmung oder nach deren Bescheinigung über den Empfang der letzten Lohnzahlung unmittelbar an die Minderjährigen gezahlt wird; 3. daß die Gewerbetreibenden den Eltern oder Vormündern innerhalb gewisser Fristen Mittheilungen von den an minderjährige Arbeiter gezahlten Lohnbeträgen zu machen haben.“

Der § 119 a. wurde mit einem Antrage des Abg. Gutfleisch angenommen, nach welchem die Einbehaltung des Lohnes auch dann zulässig ist, wenn für widerrechtliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses eine Strafe verabredet wurde.

Sodann nahm der Reichstag den § 119 b. unverändert an. Derselbe lautet:

„Unter den in §§ 115 bis 119 a. bezeichneten Arbeitern werden auch diejenigen Personen verstanden, welche für bestimmte Gewerbebetriebe außerhalb der Arbeitsstätten der letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen.“

Berlin, 25. Febr. Die Verwaltung der Reichsbank gibt in Bezug auf die Zuteilung der Reichsanleihe bekannt, daß jeder Zeichner mindestens 200 M. erhält. Der Ueberschuß soll nach gleichem Prozentsatz vertheilt werden.

Berlin, 25. Febr. Authentisch wird über das Liebreich'sche Heilmittel berichtet, daß dasselbe in der systematischen Anwendung einer subcutanen Injektion von kantharidinreichem Kali besteht. Das Mittel scheint nicht nur bei Tuberkulose, sondern auch bei anderen Infektionskrankheiten, richtig behandelt, eine Heilwirkung auszuüben. Die Wirksamkeit des Mittels steht außer Zweifel. Die klinischen Versuche Fränkel's und Heimann's seien günstig verlaufen. Liebreich erklärt, er sei vor dem Schluß seiner Untersuchungen gezwungen worden, Alles mitzutheilen. Der Kultusminister wendet der Entdeckung volle Aufmerksamkeit zu.

### Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geschäftliche. 25. Febr. August Heusch von Heidelberg, Kaufmann in Merxlo, mit Hedwig Müller von Singen. Todesfälle. 24. Febr. Helena, 3 J., S. Richard Hoppenhausen, Mechaniker. — Rosalinde, Ehefrau von Anwaltsgehilfen Karl Reinhardt, 35 J. — Josef Gartenbauer, Schmied, 30 J. — Hermann Winterhalter, ledig, Hofmaler, 82 J. — Mathilde, 5 J., S. Christian Faustkühn, Bildhauer. — Morz, 2 J., S. Morz Kerpel, Steinbauer.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Februar	Barom.	Therm.	Relat.	Wind.	Himmel.
	mm	in C.	Feuchtig-	richtig-	
			keit in %	keit in %	
24. Monats 9 U.	763.3	+1.5	4.5	87	NE klar
25. Monats 7 U.	760.9	-0.4	3.8	85	" "
25. Monats 2 U.	757.9	+11.0	4.1	42	" "

Wasserstand des Rheins. Magan, 25. Febr., Morgs., 256 m. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Gärder in Karlsruhe.

### Wetterkarte vom 25. Februar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Das barometrische Maximum, dessen Kern noch über Deutschland lagert, hat seit gestern noch weiter an Höhe abgenommen; in seinem Bereiche dauert aber das heitere oder neblige Wetter fort. Die Temperaturen sind fast überall etwas gestiegen. Eine Depression ist im Nordwesten der britischen Inseln erschienen, doch wird dieselbe voraussichtlich nordwärts abziehen, ohne Mitteleuropa zu beeinflussen, so daß zunächst noch Fortdauer des bisherigen Witterungscharakters bei langsam steigenden Temperaturen zu erwarten ist.

### Krankfurter telegraphische Kursberichte

vom 25. Februar 1891.	
Staatspapiere.	Deutsche Bank 158.50
3% D. Reichsanl.	86.75
4% D. Reichsanl.	106.50
4% Preuss. kon.	106.80
4% Baden in fl.	101.80
4% " in M.	104.00
Deherr. Goldrente	97.60
1880r. Russen	99.20
U. Orientanleihe	76.80
Italiener comp.	95.80
Spanier	78.10
Holl.-Lücken	77.80
5% Serben	93.70
Kreditaktien	271 1/2
Disconto-Kommandit	208.40
Basler Bankver.	162.60
Darmstädter Bank	151.10
Handelsgesellsch.	155.80
Banknoten	158.50
Österr. Nordb. 134.30	
Kombarden 115 1/4	
Goldagio 20 1/8	
Goldr. 20 1/8	
Goldr. 115.50	
Goldr. 151.30	
Goldr. 99.20	
Goldr. 168.52	
Goldr. 20.35	
Goldr. 80.62	
Goldr. 177.10	
Goldr. 16.16	
Goldr. 2 1/8	
Goldr. 87.70	
Kreditaktien 271 1/8	
Kreditaktien 217 1/8	
Kreditaktien 115 1/4	
Kreditaktien 308.—	
Kreditaktien 56.52	
Kreditaktien 105.30	
Kreditaktien 95.77	
Kreditaktien 77 1/2	
Kreditaktien 19.70	
Kreditaktien 632.—	

**Kreis-Hypothekbank Lörrach.**  
Die Herren Aktionäre unserer Bank werden hierdurch zu der XXII. ordentlichen Generalversammlung auf Freitag den 20. März a. e., Nachmittags 3 Uhr, in den Saal des Gasthauses zum „Hirsch“ dahier ergebenst eingeladen.  
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht pro 1890 des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates und der Revisionskommission. 3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 4. Verwendung des Reingewinns. 5. Wahl der Revisionskommission pro 1891.  
Die Zutrittskarten können gegen Hinterlage der betr. Aktien zum Banklokale dahier bezogen werden.  
Lörrach, den 23. Februar 1891. Der Vorstand.

**Aethersche Harz-Oel-Farben**  
**Die Mussinifarben**  
übertreffen jede andere Oelfarbe  
an Klarheit und Leuchtkraft.  
finden Verwendung von Direktor Fr. Aug. von Kaubach, Prof. Fr. von Lenbach u. anderen Meistern. — Niederlage bei:  
C. Bodenmüller, Karlsruhe, Kaiserstraße 158.  
R. 236. 2. Mannheim.  
**Bureaugehilfen-Stelle.**  
Auf der diesseitigen Stadtratskanzlei ist sofort eine Bureaugehilfenstelle zu besetzen.  
Die Stelle ist der VII. Gehaltsklasse zugehörig mit einem Anfangsgehalt von M. 1350 steigend bis zum Höchstbetrag von M. 2200.  
Bewerber mit schöner Handschrift aus der Zahl der Verwaltungs- und Gerichtsaktiare und Rechtspolizeigehilfen sind gebeten, ihre Offerten, unter Anschließung von Zeugnissen, des Lebenslaufes, sowie eines Kennzeichens an mich bis längstens  
Montag den 9. März l. J. bei unterzeichneter Stelle einzureichen.  
Der Anstellende wird Mitglied der städtischen Pensions-, Witwen- und Waisenkasse.  
Mannheim, den 19. Februar 1891.  
Bräunig. Rießer.

**Bekanntmachung.**  
Die Stelle des Grund- und Pfandbuchführers der Stadt Bruchsal mit einem Jahresgehalt von 4500 Mark und Nebenberechtigung ist auf 1. August l. J. neu zu besetzen.  
Bewerber aus der Zahl der zum Richteramt oder Notariatsdienste befähigten Personen wollen bis spätestens 15. März anber eingereicht werden.  
Bruchsal, den 19. Februar 1891.  
Der Stadtrath.  
Heinrich Peterlich.  
R. 284. 1. Hamminger.  
**Badische Weine.**  
**Gebr. Schlager**  
Lahr i. B.  
Prämiiert auf sämtlichen besetzten Ausstellungen. J. 328. 7.  
Patentellerei seit 1876.  
Wir offerieren sehr beliebte  
**Weissweine:**  
Kaisertrichter, angen. Tischwein 60  
Markgräfler, feiner Tafelwein 80  
Ortenauer, do. süß und kräftig 100  
Durbacher, do. bouquetreich 120  
**Rothweine:**  
Kaisertrichter, mild und angenehm 100  
Biller, Echaf für seine Bordeaux 120  
Riesling, in denen, Echaf, Hermann Rudolf Friedrich, Sohn des Galtwirts Rudolf Hebele in Freiburg, kraft Gesetzes als Erbe gerufen. Da dessen Aufenthalt darüber, wie in Freiburg, nicht zu ermitteln ist, so wird derselbe zur Vermögensaufnahme und zu den Verteilungsvorhandlungen mit dem Ansuchen hiermit öffentlich vorgeladen, daß wenn derselbe innerhalb  
sechs Wochen  
dahier nicht erscheint, der Nachlaß so verteilt wird, als sei Hermann Rudolf Hebele bei dem Erbanfall nicht mehr am Leben gewesen.  
Gernsbach, den 23. Februar 1891.  
Der Großh. Notar:  
Wiesler.  
Handelsregister-Einträge.  
R. 272. Mannheim. Zum Handelsregister wurde eingetragen:  
1. Zu D. 3. 194 Firm.Reg. Bd. III. Firma „Georg Seig“ in Ladenburg. Der am 7. Dezember 1890 zwischen Georg Nicolaus Seig und Wilhelmine Obenland von Jäfeld in Ladenburg errichtete Ehevertrag bestimmt: Die Brautleute schließen ihr beiderseitiges Vermögen, das gegenwärtige und zukünftige, aktive und passive von der Gütergemeinschaft aus bis auf den Betrag von 30 M. — dreißig Mark — welche jeder der beiden künftigen Ehegatten einwirft, so daß sich das Vermögensvermögen nach dem U. S. 1500 bis 1504 richtet und das Vermögen der Gemeinschaft in den eingeworbenen 60 Mark und der künftigen Errungenschaft besteht.  
2. Zu D. 3. 621 Firm.Reg. Bd. III. Firma „Julius Zwenger“ in Cassel mit Zweigniederlassung in Mannheim. Kaufmann Louis Elmendorf in Mannheim ist als Procurist bestellt mit der Berechtigung, die Firma gemeinschaftlich mit einem der beiden Procuristen Heinrich Blecher in Stuttgart bezw. Karl Volk dahier zu vertreten.  
3. Zu D. 3. 345 Ges.Reg. Bd. VI.

Firma „Schaaff & Söhne“ in Feudenheim. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschafter sind: Johann Schaaff III., Landwirth, Jean Schaaff, Kaufmann, u. Valentin Schaaff, Kaufmann, alle in Feudenheim. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1890 begonnen.  
4. Zu D. 3. 268 Ges.Reg. Bd. VI. Firma „Georg Hirsch Nachfolger“ in Mannheim. Die Gesellschaft wurde unter dem 27. Januar 1891 aufgelöst. Das Geschäft ist auf Kaufmann Adolf Hochhäder, den Ehegatten der bisherigen Theilhaberin Betti Hirsch, mit Aktien und Passiven übergegangen und wird von demselben unter der bisherigen Firma weiter betrieben.  
5. Zu D. 3. 10 Firm.Reg. Bd. IV. Firma „Georg Hirsch Nachfolger“ in Mannheim. Inhaber ist Adolf Hochhäder, Kaufmann hier. Der am 2. Februar 1891 zwischen diesem und Betti Hirsch dahier errichtete Ehevertrag bestimmt: Alles gegenwärtige und zukünftige Vermögen der beiden Braut- und künftigen Eheleute wird bis auf den Betrag von fünfzig Mark, die jeder Theil zur Gemeinschaft etwa bestehenden Schulden von der Gemeinschaft ausgeschlossen und für erbschaftlich erklärt. Mannheim, 18. Februar 1891.  
Großh. bad. Amtsgericht III.  
R. 278. Nr. 1006. Staufen. Unter D. 3. 143 des Firmenregisters wurde heute eingetragen die Firma: Carl Keim, J. J. Sutter's Nachfolger in Staufen. Inhaber ist der Kaufmann Carl Keim dafelbst, seit dem 5. Mai 1884 verehlicht mit C. G. Sutter, die Ehegatten von demselben. Sein Ehevertrag bestimmt, daß jeder der künftigen Ehegatten von seinem fahrenden Vermögen den Betrag von fünfzig Mark in die Gemeinschaft einwirft, wozu alles übrige, jetzige und künftige Vermögen derselben mit den etwa darauf bestehenden Schulden von der Gemeinschaft ausgeschlossen und vererbschaftet wird. U. S. 1500 ff. Staufen, 23. Februar 1891.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
R. 225. Nr. 1568. Waldfisch. Zu D. 3. 31 Galtbräuerer-Aktien-Gesellschaft wurde eingetragen:  
In der Generalversammlung der Aktien-Gesellschaft Galtbräuerer vom 18. November v. J. wurden erwählt: a. zum Vorstand der Aktien-Gesellschaft: Josef Trüsch, Braumeister in Waldfisch, und b. zum Aufsichtsratsmitglied: Julius Metz, Banquier in Freiburg, Ludwig Sinner, Brauereidirektor dafelbst, Fritz Jörger zum Nebstad in Waldfisch, A. Rüb, Dringebauer, und C. F. Kemmer, Kaufmann dafelbst. Waldfisch, den 12. Februar 1891. Großh. bad. Amtsgericht. Speri.  
R. 249. Nr. 3657. Lörrach. Unter D. 3. 73 des Gesellschaftsregisters wurde eingetragen die Firma: Janson u. Killy, Lederfabrik in Stetten bei Lörrach, offene Handelsgesellschaft. Gesellschafter sind der ledige Konkurrent Adolf Janson in Stetten und der Kaufmann Hermann Killy von Lörrach, wohnhaft in Basel, letzterer verheirathet mit Friederike, geb. Wöhrich von Haslach bei Freiburg, ohne Errichtung eines Ehevertrages. Beginn der Gesellschaft: 1. Februar 1891. Jeder Gesellschafter ist für sich allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.  
Lörrach, den 21. Februar 1891.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Dufner.

**Strafrechtspflege.**  
R. 264. Sect. III. Nr. 310/137. Karlsruhe. Der Musketier Josef Scherer der 6. Kompanie 5. Bad. Infanterieregiments Nr. 113, geboren am 26. Februar 1868 zu Niedbühlringen, Amts Donaueschingen, der Fahnenflucht verdächtig, wird hiermit zu seiner Verantwortung auf  
Mittwoch den 10. Juni 1891, Vormittags 10 Uhr,  
mit der Verwarnung vorgeladen, daß er im Falle seines Ausbleibens in contumacia für fahnenflüchtig erklärt und zu einer Geldstrafe von 150 bis 3000 Mark verurtheilt werden wird.  
Karlsruhe, den 23. Februar 1891.  
Königl. Gericht des 14. Armeekorps.  
R. 262. Nr. 85. Kehl.  
**Bekanntmachung.**  
Zur Fortführung der Vermessungs- und der Lagerbücher nachfolgender Gemeinden in dem Einverständniß mit den Gemeindevorständen der beteiligten Gemeinden tagfahrt jeweils auf dem Rathsausschusse der betreffenden Gemeinde anberaumt, für die Bemerkung:  
1. Kehl, Donnerstag 5. März, Vormittags 9 Uhr,  
2. Delsbühl, Montag den 9. März, Vormittags 9 Uhr,  
3. Willstätt, Donnerstag den 12. März, Vormittags 9 Uhr,  
4. Sand, Montag den 16. März, Vormittags 9 Uhr,  
5. Legehörs, Mittwoch den 18. März, Vormittags 9 Uhr,  
6. Kimmlich, Montag den 23. März, Vormittags 8 Uhr.  
Die Grundeigentümer werden hieron mit dem Ansuchen in Kenntniß gesetzt, daß das Verzeichniß der seit der letzten Fortführung eingetretenen, dem Gemeindevorstand bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum während 3 Tagen vor dem Fortführungstermin zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rath-

hause aufliegt; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichniß vorgeworfenen Änderungen in dem Grundeigentum und deren Beurkundung im Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Tagfahrt vorzutragen.  
Die Grundeigentümer werden gleichzeitig aufgeführt, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundeigentum eingetretene, aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen Veränderungen dem Fortführungsbeamten in der bezeichneten Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetretene Veränderungen sind die vorgeschriebenen Protokolle und Beglaubigungen vor der Tagfahrt bei dem Gemeindevorstand oder der Tagfahrt selbst bei dem Fortführungsbeamten abzugeben, widrigenfalls dieselben auf Kosten der Beteiligten von Amts wegen besorgt werden müssen.  
Kehl, den 23. Februar 1891.  
Der Bezirkscommissar: Köffel.  
R. 292 I. Nr. 531. Karlsruhe.  
**Vergebung von Bauarbeiten.**  
Die zur Vergrößerung und dem Neubau des Großh. Centralstaatsgebäudes Kreuzstraße 11a und Bahringstraße 65 erforderlichen nachstehenden Arbeiten, als:  
Mauerarbeiten, rotte Steinhauerarbeiten, sonstige Steinhauerarbeiten, Zimmerarbeiten, Schreinerarbeiten, Glaserarbeiten, Schlosserarbeiten, Sandbearbeitungen, Eisenarbeiten, Tapezierarbeiten und Pfisterarbeiten,  
sollen im Wege des schriftlichen Angebots zur Ausführung in Auftrag gegeben werden.  
Wasgegend für die Vergebung dieser Arbeiten ist die ministerielle Verordnung vom 7. Juni 1890 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 23, 1890), „das öffentliche Vergabengesetz betreffend“.  
Zeichnungen und Abfordrungen liegen hier zu haben täglich in den Vormittagsstunden bis einschließend  
Samstag den 14. März 1891, Mittags 12 Uhr,  
eingesehen und zugleich die für die einzelnen Arbeiten zu benütigenden Angebotsformulare in Empfang genommen werden.  
Die Angebote sind spätestens bis  
Mittwoch den 18. März 1891, Abends 6 Uhr,  
vorschriftsmäßig ausgefüllt, vollständig und mit entsprechender Aufschrift versehen, portofrei bei unterzeichneter Stelle einzureichen.  
Die Verhandlung zur Eröffnung der Angebote erfolgt am  
Samstag den 21. März 1891, Vormittags 9 Uhr.  
Eine Zuschlagsfrist von vier Wochen bleibt vorbehalten.  
Karlsruhe, den 25. Februar 1891.  
Großh. Bezirksbaupräsident.  
R. 263. 1. Nr. 1039. Offenbourg.  
**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Die Arbeiten zur Errichtung eines neuen Wohngebäudes für zwei Weichenwärter auf der Station Herbolzheim sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden:  
Dieselben sind veranschlagt wie folgt:  
I. Grab- und Mauerarbeiten . . . . . 6556,09  
II. Steinhauerarbeiten . . . . . 907,81  
III. Zimmerarbeiten . . . . . 735,36  
IV. Schreinerarbeiten . . . . . 1895,87  
V. Glaserarbeiten . . . . . 894,63  
VI. Schlosserarbeiten . . . . . 455,60  
VII. Eisenarbeiten . . . . . 344,28  
VIII. Pfisterarbeiten . . . . . 377,86  
Zusammen 12473,48  
Pläne und Bedingungen sowie Verdingungsanschläge liegen auf diesseitigen Geschäftsstellen auf und werden letztere gegen eine Vergütung von 30 Pf. für jede Eingelassene an die Unternehmern abgegeben.  
Die Angebote sind bis  
Montag den 16. März, Vormittags 10 Uhr,  
portofrei und mit der nötigen Aufschrift versehen, an den Unterzeichneten einzureichen.  
Für den Zuschlag bleibt eine Frist von 4 Wochen vorbehalten.  
Offenbourg, den 23. Februar 1891.  
Großh. Bahnbauinspektor II.  
R. 286. B. E. Nr. 2777. Hagenau i. E.  
**Neubau des Infanterie-Kasernements zu Hagenau i. E.**  
In öffentlicher Verdingung sollen für den Neubau von 3 Vertheilungstheken-Gebäuden, Feldfahrzeugschuppen, Büchsenmacherei, 3 Wirtschaftsgebäuden, Offizier-Werkstatt, 5 Kaminen u. f. w. nachstehende Arbeiten und Lieferungen vergeben werden:  
Voss I: Die Erd-, Mauer-, Asphalt- und Steinmearbeiten, einschl. Materiallieferung (ca. 5000 cbm) Ausfüllung, 2500 cbm Sandausfüllung, 1800 cbm Betonmauerwerk, 1900 cbm Bruchsteinmauerwerk, 8000 cbm Ziegelmauerwerk, 1000 cbm Werksteine, 100 cbm Granit u. f. w.).  
Voss II: Die Zimmer- und Stickerarbeiten, einschl. Materiallieferung (ca. 800 cbm Tannenbaumholz, 4000 qm Tannenbrettelung, 7000 qm Dachschalung, 6000 qm Schalung u. f. w.).  
Voss III: Die Lieferung von rund 50000 kg Walzeisen zu Trägern, Platten u. f. w.).  
Voss IV: Die Lieferung von rund 8000 kg Schweifeisen (Anker, Faschen, Schrauben u. f. w.).  
Die Verdingungsunterlagen und Zeichnungen liegen im Geschäftsgebäude des genannten Neubaus in Hagenau zur Einsicht aus und können exlibet dort gegen vorläufige Einzahlung von 6 M. für Voss I, 4 M. für Voss II und je 2 M. für Voss III bezw. IV von dem mitunterzeichneten Regierungsbaumeister in Hagenau bezogen werden, welchem auch die verriegelten, mit entsprechender Aufschrift versehenen Angebote bis zum Eröffnungstermin  
Samstag den 7. März 1891, Vormittags 11 1/2 Uhr,  
einzureichen sind.  
Zuschlagsfrist drei Wochen.  
Hagenau, den 24. Februar 1891.  
Der Königlich. Bauath:  
Beyer.  
Der Regierungsbaumeister:  
Gallbauer.  
R. 289. Karlsruhe.  
**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Die in unserer Bekanntmachung vom 31. Januar l. J. angeforderte Einziehung der badischen Stationen Genack, Haslach, Rippenheim, Kirnbach, Wehr, Weil, Weizen und Jollhaus Humberg in den Verkehr mit den preussisch-sächsischen Nebenbahnstationen wird auf 1. März l. J. in Vollzug gesetzt.  
Karlsruhe, den 24. Februar 1891.  
General-Direktion.  
R. 297. Karlsruhe.  
**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Zum deutschen Eisenbahntarif, Teil I, vom 1. April 1890 wird am 1. April l. J. der Nachtrag I eingeführt. Durch denselben werden die Beschlüsse der letzten Generalconferenz der deutschen Bahnen, soweit dieselben bindende Kraft erlangen, auf diese Durchführungsarbeiten.  
Exemplare des Nachtrags sind durch Vermittelung unserer Güterstationen zum Preise von 30 Pf. für das Stück erhältlich.  
Karlsruhe, den 24. Februar 1891.  
General-Direktion.  
R. 288. Karlsruhe.  
**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Mit Gültigkeit vom 1. März l. J. an wird der Güterverkehr zwischen Mengen und Gimmerningen einerseits und Schiltach, sowie Billingen andererseits zu den bisherigen Frachttarifen ausschließlich im badisch-württembergischen Verkehr abgeführt.  
Karlsruhe, den 24. Februar 1891.  
General-Direktion.  
R. 298. Karlsruhe.  
**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Am 1. März l. J. tritt an Stelle des feilberigigen sächsisch-südbadischen Gütertarifes vom 1. November 1886 ein neuer Tarif in Kraft, welcher andererseits die direkten Frachttarife zwischen Stationen der sächsischen Staatsbahnen einerseits und Stationen der Großh. Badischen Staatsbahn andererseits enthält.  
Durch diesen Tarif sind die Stationen Genack, Haslach, Rippenheim, Kirnbach, Wehr, Weil bei Herbach, Weizen und Jollhaus Humberg in den sächsisch-südbadischen Verkehr neu einbezogen worden. Soweit für einzelne Stationsverbindungen Frachttarife herbeigeführt werden, treten solche erst am 16. April l. J. in Wirksamkeit.  
Karlsruhe, den 24. Februar 1891.  
General-Direktion.  
R. 296. Karlsruhe.  
**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Der im laufenden Winterdienst auf der Strecke Pforzheim-Mühlacker nur für den Monat Mai vorgeliebene Wertsachen-Verlosung mit III. Kl. Nr. 788 (Pforzheim ab 500) wird schon vom 2. März ab zur Ausführung kommen.  
Karlsruhe, den 25. Februar 1891.  
General-Direktion.  
R. 210. 2. Nr. 517. Emmendingen.  
**Bautechniker gesucht.**  
Die diesseitige Gehilfenstelle soll durch einen Bautechniker anderweitig auf Mittweide, J. wieder besetzt werden. Diesbezüglichen Anberbietungen, die innerhalb 3 Wochen bei uns einzureichen sind, ist die Angabe über Alter und sonstige persönliche Verhältnisse, unter Anschließung der Nachweise über Vorbildung und bisherige Beschäftigung beizulegen, mit gleichzeitiger Zeichnung des Anspruchs auf monatliche Vergütung.  
Emmendingen, 20. Februar 1891.  
Großh. Bezirksbaupräsident.  
(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. V. an'schen Buchdruckerei.